



Baden-Württembergischer  
Handwerkstag e.V.  
Heilbronner Straße 43  
70191 Stuttgart

Zusammenschluss sämtlicher  
Organisationen des Handwerks  
von Baden-Württemberg



Pressemitteilung 5.7.2021, Nr. 52

### BAUSTOFFPREISE

## Landesregierung soll Runden Tisch einberufen

Handwerksbetriebe und ihre Kunden erleben zurzeit eine selten dagewesene Preisexplosion bei Baustoffen. Wie das Statistische Bundesamt heute mitgeteilt hat, stiegen beispielsweise die Preise für Konstruktionsvollholz alleine im Mai um über 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, für Betonstahl in Stäben um 44 Prozent. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) hat die Landesregierung bereits vor einigen Wochen gebeten, einen Runden Tisch einzuberufen, um über kurzfristige Gegen- und Unterstützungsmaßnahmen zu beraten. Bis heute ist es dazu nicht gekommen.

„Schon seit Jahresbeginn spüren unsere Bau- und Ausbaubetriebe extremen Preisdruck und Lieferprobleme. Die Preise beispielsweise für Dachlatten haben sich innerhalb weniger Monate verdreifacht. Lieferanten verlangen teilweise Tages- oder Wochenpreise, was eine solide Kalkulation kaum möglich macht und auch auf Kundenseite nicht akzeptiert wird. Mittlerweile kommt es immer häufiger zu Verzögerungen bei laufenden Projekten oder sogar zu Auftragsstornierungen. Uns wurde berichtet, dass einige Betriebe wegen des Materialmangels bereits Kurzarbeit anmelden mussten – absurd angesichts eigentlich voller Auftragsbücher. In vielen anderen Bundesländern haben die Landesregierungen zwischenzeitlich sogenannte Materialgipfel mit der Bauwirtschaft einberufen. Wir hielten es für angebracht, wenn auch das neu geschaffene Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen einen solchen Runden Tisch zwischen Landesregierung und Handwerk zur Beschaffungsproblematik einberufen würde. Dort müssen kurzfristige Maßnahmen abgestimmt werden“, fordert Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.

Nach einer aktuellen Blitzumfrage des BWHT unter den Fachverbänden sind Handwerksbetriebe vor allem von Engpässen bei Holz- und Holzprodukten betroffen. Daneben sind Engpässe bei Metallen und Metallprodukten (z.B. Alu, Stahl, Kupfer), bei Kunststoff (z.B. Dämmmaterial, Profile, Kabel, Bodenbeläge), bei chemischen Produkten (z.B. Farben, Lacke, Putze, Kleber) sowie bei elektrischen Bauteilen und Chips spürbar.

Neben den betriebswirtschaftlichen Konsequenzen blockiere die derzeitige Situation auch politisch und gesellschaftlich wichtige Ziele, so Reichhold: „Bezahlbares Bauen und Wohnen, energetische Sanierung – all das sind Themen, die die neue Landesregierung als Ziele im Koalitionsvertrag verankert hat, die nun aber wegen des Materialmangels gefährdet sind. Auch die Sanierung öffentlicher Gebäude kann sich verzögern, da sich die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen mit langen Vorlaufzeiten angesichts der schnellen Preissteigerungen gar nicht lohnt. Das kann nicht im Interesse der Landesregierung sein.“